

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreispaltige Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 97.

Dienstag, den 18. August

1896.

Eine neue Krisis in Bulgarien.

Die elenden, zerfahrenen und verrotteten Zustände in den meisten Ländern des Orients sind geradezu das politische Verhängnis Europas, denn nicht nur Armenien, Macedonien und Kreta beeinträchtigen im hohen Maße den europäischen Frieden, sondern jetzt zeigt sich auch in Bulgarien wieder jenes seltsame und empörende politische Schauersystem, bei welchem Alles, was den bulgarischen Staat bildet, allmählich in's Schwanken kommt. Jetzt ist in Bulgarien wieder unter nicht ganz aufgeklärten Umständen der angesehenste Kriegsminister Petrow zur Abdankung gezwungen worden. Der Kriegsminister General Petrow soll angeblich mit dem Fürsten Ferdinand scharfe Differenzen gehabt haben, welche an Auflehnung gegen das Staatsoberhaupt gegreift hätten. Bedenkt man aber, daß jetzt in Bulgarien wieder der russische Einfluß allein maßgebend zu werden droht, und daß daher wohl alle Ränke ausgepielt werden, um ganz Bulgarien in Rußlands Hände zu bringen, so kann man sich schon den Schluß machen, daß der Widerstand, den der Kriegsminister Petrow dem russischen Einfluß resp. der Wiedereinstellung der ehemals in die russische Armee eingetretenen bulgarischen Offiziere in das bulgarische Heer entgegengesetzt hat, seinen Sturz herbeigeführt hat. Der Rücktritt des Kriegsministers Petrow ist indessen noch nicht als gleichbedeutend mit der Zustimmung der bulgarischen Regierung zur Wiedereinstellung der ausgewanderten bulgarischen Offiziere zu betrachten, denn in Bulgarien verwehrt man sich auch auf das Nüchternste, und Fürst Ferdinand und seine Rathgeber stimmen wahrscheinlich darüber nach, wie sie aus der fatalen Angelegenheit sich herauszubringen können, zumal die Wiedereinstellung der nach Rußland geflüchteten bulgarischen Offiziere in die bulgarische Armee unter Anrechnung ihrer in Rußland verbrachten Dienstzeit eine Forderung ist, die die Unabhängigkeit Bulgariens und die Ehre des Offiziercorps der bulgarischen Armee und nicht zuletzt auch die Sicherheit der Dynastie des Fürsten Ferdinand ernstlich bedroht. Inzwischen wählen und hegen die Panflavisten in Bulgarien weiter und zwar gegen den Fürsten Ferdinand, der trotz seiner Anhänglichkeit in ihren Augen und wahrscheinlich auch in den Augen der russischen Regierung noch immer nicht der rechte Herrscher in Bulgarien ist. So brachte die von den Panflavisten beeinflusste bulgarische Zeitung „Narodni Glasnik“ einen Artikel aus Petersburg, in welchem es heißt: „Wir müssen leider mit tiefem Schmerz bekennen, daß die allgemeine öffentliche Meinung in Rußland gegen den Fürsten von Bulgarien ist, was aus den Leitartikeln hundertlicher russischer Blätter der letzten Zeit deutlich zu erkennen ist. Wenn also die gesammte öffentliche Meinung gegen den anerkannten Usurpator ist — wer ist in Rußland nicht gegen ihn?“ — Ferner heißt es in dem Artikel: „Fürst Ferdinand und die bulgarischen Regierungsmänner haben seit dem 2. (14.) Februar v. J. dem russischen Minister des Auswärtigen, Fürst Lobanow, viele Versprechungen, besonders über die Emigrantenfrage, gemacht, und man will nun endlich ihre Worte in Thaten übersezt haben. Was wird nun geschehen, wenn es den Sozialer Regierungsmännern gelingt, durch Hintertbüren sich dieser Verpflichtung zu entziehen? Soweit die Informationen des Verfassers dieses Schreibens reichen, wird Rußland in diesem Falle zwar nicht brutal gegen Bulgarien vorgehen, aber es wird dafür sorgen und Fürst Ferdinand dazu anhalten, daß er zum Kriegsminister eine zuverlässige Persönlichkeit, nämlich den russischen General Kefafow, einen Bulgaren und Bestzer des Hotels de Bulgarie in Sofia, ernannt.“

Tagesgeschichte.

Die große Begebenheit des Tages ist kein politisches Ereignis, sondern ein überraschendes Ergebnis einer berühmten Forschungsreise nach dem Nordpol. Der polnische Nordpolfahrer Norwegens, Frithjof Nansen, welcher

am 24. Juni 1893, als vor länger als drei Jahren, auf dem eigens zu diesem Zwecke erbauten Eischiff „Fram“ die Nordpolfahrt durch das Carische Meer und zwischen den Neu-Sibirischen Inseln und dem Franz-Josef-Land nordwärts fahrend, antrat, ist plötzlich zurückgekehrt. Den Nordpol hat Nansen zwar auch nicht entdeckt, aber er ist noch fast 3 Grad geographischer Breite nördlicher vorgebrungen als irgend ein Nordpolfahrer vor ihm. Auch behauptet Nansen, daß er bis zum Nordpol sicher vorgebrungen wäre, wenn er genug Hunde als Schlittenzieher bei sich gehabt hätte. Nansen hatte nämlich, um rascher nach dem Nordpol zu gelangen, im Herbst 1895 sein Schiff „Fram“ verlassen. Der englische Nordpolfahrer Jackson hat nun auf einem Eisfelde südlich von Kap Flora Nansen und dessen Begleiter, den Lieutenant Johansen, vor einigen Wochen angetroffen und die beiden Forscher dann auf seinem Schiffe „Windward“ nach Norwegen bringen lassen. Das Polarschiff „Fram“, welches sich im Eise sehr gut bewährt haben soll, erwartet Nansen noch in diesem Sommer zurück, zumal der Kapitän dieses Schiffes, Sverdrup, sich ausgezeichnet bewährt.

Der Kaiser und die Kaiserin sind am Montag Abend von Schloß Wilhelmshöhe nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt.

Die seit Wochen im Umlauf befindlichen Gerüchte über die Ministerkrisis haben sich nunmehr insofern bewahrheitet, daß der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf seine erbetene Entlassung erhalten hat und der Generalleutnant v. Gohler zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Formell sind als Entlassungsgrund Gesundheitsrückichten angegeben, man glaubt aber, daß der General Bronsart v. Schellendorf wegen nicht erfolgter Berücksichtigung seiner Wünsche in der Besetzung mehrerer hoher militärischer Posten seitens des Militärkabinetts seinen Abschied genommen habe. Auch dürfte die Frage der Reform der Militärstrafprozessordnung Einfluß auf den Rücktritt des Herrn Bronsart v. Schellendorf geübt haben. Der Abschied ist dem ausgeschiedenen Kriegsminister übrigens vom Kaiser in der huldvollsten Weise bewilligt und der General Bronsart v. Schellendorf zum Beweise allerhöchsten Vertrauens zum Generaladjutanten ernannt worden.

Der neue Kriegsminister Generalleutnant v. Gohler war bisher Direktor des Kriegsdepartements im Kriegsministerium und Stellvertreter des Kriegsministers in der Landesverteidigungskommission und im Bundesrath.

Wie der Staatsminister v. Bötticher dem Kaiser am 15. August melden konnte, ist die Durchfahrt der Manöverflotte durch den Kaiser Wilhelm-Kanal am 13. resp. 14. August in befriedigender Weise vollzogen worden. Nicht weniger als 39 Kriegsschiffe, darunter unsere größten Schlachtschiffe, durchfahren in 30 Stunden den Kaiser Wilhelm-Kanal in kriegsmäßiger Anordnung, gelangten also in dieser kurzen Zeit aus der Nordsee in die Ostsee. Der Kanal hat sich also vollkommen bewährt.

Der „Reichsanzeiger“ hat soeben eine Bekanntmachung veröffentlicht, betreffend das Ausscheiden des Fleischergewerbes aus der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft und die Bildung einer besonderen Berufsgenossenschaft für dasselbe, die am 1. Januar 1897 in Wirksamkeit tritt.

In Sachen der angeblich bevorstehenden Revision der Invaliditäts- und Altersversicherungskarten schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die von der „Deutschen Tageszeitung“ verbreitete Nachricht, es solle in nächster Zeit im ganzen deutschen Reich eine außerordentliche Revision der Invaliditäts- und Altersversicherungskarten stattfinden, ist falsch. Es gibt gar keine Instanz, die befugt wäre, eine solche allgemeine Revision anzuordnen. Die Revision der Versicherungskarten ist Sache einer jeden einzelnen Versicherungsanstalt, und letztere hat allein über die Vornahme etwaiger außerordentlicher Revisionen innerhalb ihres Geschäftsbezirks zu befinden.

Von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften in Offenbach ist ein dem Brauereibesitzer Weber gehöriges, in der Herrenstraße gelegenes Gastlokal nebst Inventar für 75,000 Mark angekauft worden. Das Gastlokal, auf dem noch ein großer Saal errichtet werden soll, soll nur von den Genossen als Gesellschafts- und Versammlungshaus benutzt werden. Auch dieses Geschäft beleuchtet wieder die Noth des „darbenden Proletariats.“

Die Unzufriedenheit der Sozialdemokraten mit dem Londoner Sozialisten-Congress tritt immer deutlicher

hervor. Mit dem internationalen Sozialisten-Congress beschäftigte sich eine am Donnerstag im „Feenpalast“ zu Berlin abgehaltene sozialdemokratische Parteiversammlung. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Fischer übernommen. Auch er ist mit dem Erfolge des Congresses nicht zufrieden, denn der Hauptzweck, den der Congress erreichen sollte, die Gewerkschaften Englands den Sozialdemokraten zuzuführen, sei nicht nach Erwarten erzielt worden. Eine verminderte Bedeutung habe der Congress auch insofern, als die dort abgefaßten Resolutionen innerhalb der kurzen Spanne Zeit von 3 Jahren fast nie verwirklicht werden.

Der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt hat aus Amerika die Nachricht nach Berlin gelangen lassen, daß er im Herbst nach Deutschland kommen werde. In Ahlwardt nachstehenden Kreisen will man jedoch wissen, daß sein Besuch nur von kürzerer Dauer sein werde; zunächst werde er in Berlin mehrere öffentliche Vorträge über die Erfolge seiner antisemitischen Agitation in Amerika halten, dann aber auch die Angelegenheit bezüglich seines Friedeberg-Arnswalder Reichstagsmandats regeln, d. h. das Mandat niederlegen. Offenbar handelt es sich um weiter nichts, als um eine „Geschäftsreise.“ Für die Niederlegung des Mandats ist Ahlwardt bekanntlich vor Monaten von seinen ehemaligen Anhängern im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde eine Abfindungssumme angeboten worden.

Während sich in Oesterreich die Wahlbewegung für die bevorstehenden Wahlen zu einer wahren Sturmfluth aufzubäumen droht, ist fast ganz Oesterreich von einer großen Wasserfluth bitter heimgesucht worden. Nicht nur in Oberösterreich sind in Folge der ungeheuren Regengüsse alle Flüsse ausgetreten, sondern infolge des Steigens der Donau und des Inn ist auch in Niederösterreich, ganz besonders bei Wien, ein gefährliches Hochwasser eingetreten. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft stellte deshalb von Passau bis Wien auch schon den Verkehr ein. Auch in Tyrol und Salzburg hat das Hochwasser großen Schaden angerichtet und auf 44 Kilometer den Verkehr der Giselabahn unterbrochen.

Die Pariser Zeitung, die „Presse“ veranfaltete bei den Sozialisten und Anarchisten Kundfragen über ihre Haltung gegenüber dem Besuch des Czaren. Während die gemäßigten Sozialisten das patriotische Fest nicht fördern wollen, nennt Gerault-Richard den Besuch des Czaren eine Duperie. Kaiser Wilhelm werde den Czaren gewiß zum Regimentsinhaber ernennen, der Czar werde somit als preussischer Offizier nach Paris kommen. Eine geschriebene Allianz mit Rußland bestehe nicht, und im Kriegsfalle sei kein Verlaß auf Rußland. Seinen Genossen empfahl er, am Tage des Einzugs des Czaren eine Landpartie zu machen. Im geeigneten Moment, so schloß Gerault, werden wir dem Volke die ganze Wahrheit über seine unglückselige Verblendung sagen. Nehulich äußerte sich Carnaud in Marseille. Die Anarchisten wollen gleichfalls so lange protestiren, bis das verblendete Volk sie endlich hören werde.

Der Einfluß des Judenthums in Spanien ist den Zeitungsnachrichten zufolge, bedeutend gewachsen. Der „Imparcial“, die bei weitem geleseste spanische Zeitung, nennt Rothschild den „mächtigen Ritter des Geldes“ und meint: Der König will es — freilich nicht jener „von Gottes und Verfassungs Gnaden“ — sondern er, der von seinem Kabinet in der Rue Lafayette als unumschränkter Herr und Gebieter die Geschichte Spaniens lenkt. Also Se. Majestät Herr Rothschild hat dem spanischen Volke durch seinen Bevollmächtigten Herrn Bauer kund und zu wissen gethan, daß die Bestimmungen über die Pachtverlängerung der Minen von Almaden endgiltig sind, und daß es der Regierung ganz unmöglich ist, davon zurückzutreten. Zum Schluß meint das Blatt: „Früher war Spanien die Abnigin der Welt, heute ist es eine jüdische Kolonie.“

Ganz Griechenland befindet sich wegen der Revolution auf der Insel Kreta in einer wachsenden Gährung. Ein großer Theil der griechischen Patrioten scheint die Zeit für gekommen zu erachten, daß Griechenland zu Gunsten der ausländischen den Griechen stammverwandten Kreter Partei ergreife. So haben die früheren Trikupisten in einer zu Athen abgehaltenen Volksversammlung erklärt, daß sie sich der Opposition anschließen würden, wenn die Regierung nicht eine den Wünschen der Nation entsprechende Stellung nehme. Im Uebrigen ist es auch eine Thatsache,